Alexandra Tautz

DIE REPOLITISIERUNG DES THEMAS LÄNDLICHE RÄUME IN BRANDENBURG

Erfahrungen aus der Enquete-Kommission zur Zukunft der ländlichen Räume des Brandenburger Landtags

Der ländliche Raum hat im Jahr 2019 in der Politik Konjunktur. In Brandenburg begann die Landespolitik bereits 2015, sich wieder intensiver mit diesem Thema zu beschäftigen, und es gibt hier nun nach vier Jahren einen hart erarbeiteten – parteiübergreifenden – Konsens zur Entwicklung der ländlichen Regionen. Dieser ist das Ergebnis der Enquete-Kommission „Zukunft der ländlichen Regionen vor dem Hintergrund des demografischen Wandels".

Denn der Bevölkerungsrückgang ist in Brandenburg seit Langem ein Thema. Nach der politischen Wende 1989 schrumpfte und alterte die Bevölkerung durch die hohe Abwanderung junger Menschen besonders schnell. Nachdem das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung 2008 dann empfahl, in bestimmten Regionen die Absiedelung zu forcieren, widmete die Landespolitik den ländlichen Räumen viele Jahre nur wenig Aufmerksamkeit. Politisch galt weithin das Klischee: Alle Dörfer sterben – Schuld ist der demographische Wandel. Nur der Speckgürtel rund um Berlin boomt, und die ländlichen Regionen fernab der Städte verlieren an Bevölkerung. Die jüngeren Einwohner/innen ziehen weg, Kita und Dorfladen verschwinden und mit der fehlenden Nahversorgung schwindet vielfach auch die Attraktivität der dörflichen Wohnorte.

Außer Frage steht, die Dörfer verändern sich: Bevölkerungsrückgang durch Abwanderung und Alterung mit einhergehendem Verlust an dörflicher Infrastruktur bestimmen auch heute noch vielfach den Alltag und die Entwicklung der Dörfer. Daneben gab und gibt es aber auch Dörfer, in denen sich die Dorfbewohner/innen für ihre Regionen engagieren und aktiv dazu beitragen, dass sich ländliche Lebensverhältnisse nicht ausschließlich negativ entwickeln und sogar Zuzug wieder möglich wird. Damit einher ging aber auch eine wachsende politische Unzufriedenheit, dass von der Landespolitik nicht gesehen wird, was die Menschen in den ländlichen Räumen alles leisten. Als Reaktion auf diese Unzufriedenheit und angesichts der Probleme wurde im Sommer 2015 vom Landtag Brandenburg eine Enquete-Kommission zur Zukunft der ländlichen Räumen eingesetzt.

Aufgabe der Enquete-Kommission war es, Empfehlungen für das Land und die Kommunen zu erarbeiten, wie Brandenburgs ländliche Regionen nachhaltig entwickelt werden könnten. Damit wurde in Brandenburg politisch endlich aufgegriffen, was Wissenschaft und Öffentlichkeit schon lange zuvor thematisiert hatten. Diese Repolitisierung des Themas „Ländliche Räume" ist auch förderpolitisch von erheblicher Relevanz. Der Enquete-Kommission gehörten neben Abgeordneten aller im Landtag vertretenen Fraktionen auch Wissenschaftler/innen sowie Vertreter/innen vom Landkreistag sowie vom Städte- und Gemeindebund an. Der seit Ende April 2019 vorliegende und 250 Seiten umfassende Abschlussbericht ist ein fraktionsübergreifendes Bekenntnis zur Förderung des ländlichen Raumes in Brandenburg mit weit über 100 konkreten Empfehlungen zu den Themen:

> Siedlungsstrukturentwicklung,

> regionale Wertschöpfung und Beschäftigung,

> digitale und technische Infrastruktur,

> Mobilität,

> Nahversorgung,

> soziale Infrastruktur sowie zur

> gesellschaftlichen und politischen Teilhabe.

Die wichtigsten Ergebnisse

> *Mehr politische Beteiligung:* Um den Menschen in den ländlichen Regionen wieder zuzuhören und das Vertrauen der Menschen dort neu zu verdienen, erhöhte die Landespolitik ihre Präsenz in den Gemeinden und setzte sich damit wieder stärker mit den vorliegenden Problemen auseinander. Fast die Hälfte der Kommissionssit-

© www.ideengruen.de | markus pichlmaier

Politischer Dorfspaziergang: Mitglieder der Enquete-Kommission mit Einwohnerinnen und Einwohnern des Dorfes Groß Leuthen (Landkreis Dahme-Spreewald)

zungen fand daher nicht in Potsdam, sondern vor Ort im ländlichen Raum statt. Dort wurde eine Sprechstunde für Bürger/innen angeboten. Sitzungen in Potsdam wurden als Livestream im Internet übertragen. Zudem bearbeitete die Kommission viele Zuschriften von Bürgerinnen und Bürgern – ein oder mehrere Kommissionsmitglieder machten sich dann vor Ort ein Bild, versuchten zu vermitteln und Lösungen für die vorgebrachten Probleme zu finden.

Darüber hinaus wurde ein Dialogportal eingerichtet, in dem Bürger/innen ihre Anliegen online einbringen und an den Beschlüssen der Enquete-Kommission mitarbeiten konnten. Zwischenergebnisse und erarbeitete Handlungsempfehlungen wurden teilweise online eingestellt und konnten von den Bürgerinnen und Bürgern kommentiert und ergänzt werden, wie z. B. beim Thema „Mehr Rechte für die Dörfer" und der Online-Kommentierung des Zwischenberichtes der Kommission. Die Kommission hat diese Hinweise dann in die weitere Arbeit einfließen lassen.

> *Neuer Blick auf die Potenziale ländlicher Räume:* Durch die Arbeit der Kommission hat sich die Landespolitik wieder intensiv mit den ländlichen Räumen beschäftigt und zugleich aktiv für eine neue Sichtweise auf ländliche Räume geworben: Es lebe das Dorf. Die Landespolitik soll künftig wieder auf die Chancen jeder Region schauen statt nur auf die Defizite. Es wurden Lösungsvorschläge erarbeitet, wie die Entwicklung in den dünn besiedelten Regionen Brandenburgs in den nächsten Jahren möglichst positiv gestaltet werden und verlaufen kann. Dieser neue Blickwinkel auf die Stärkung und Nutzung der Potenziale zieht sich als roter Faden durch den gesamten Abschlussbericht.

> *Mehr Mitgestaltungsmöglichkeiten:* Dörfer sollen künftig mehr Rechte und Gestaltungsmöglichkeiten erhalten und die Rahmenbedingungen für (lokal) politische Beteiligung sollen verbessert werden. Denn seit der letzten Gemeindegebietsreform im Land Brandenburg, bei der viele Dörfer zu größeren Gemeinden zusammengelegt wurden, existieren Dörfer rechtlich nur noch als Ortsteile. Damit sind die Anliegen und Probleme der Dörfer nicht verschwunden, werden aber weniger gehört. Denn durch die Eingemeindungen sind politische Gestaltungsmöglichkeiten und Beteiligungsoptionen verloren gegangen. So ging die Zahl der Ehrenamtlichen, die sich in ihrem Gemeinderat engagieren, deutlich zurück: Waren vor der Reform rund 13.500 Ehrenamtliche aktiv, haben sich nach der Reform nur noch etwas mehr als 6.000 Brandenburger/innen in den Gemeinderäten für ihre Dörfer einsetzen können. Auch Entscheidungsbefugnisse über eigene Haushaltsmittel gingen verloren. Das Ergebnis einer Bürgerumfrage im ländlichen Raum im Auftrag der Enquete-Kommission war daher wenig überraschend: Nur ein Drittel der Brandenburger/innen vertraut der eigenen Gemeinde- oder Stadtverwaltung vor Ort in vollem Umfang. Um den Handlungsspielraum und die demokratischen Teilhabemöglichkeiten auf der Ebene der Dörfer bzw. Ortsteile wieder zu erhöhen, empfiehlt die Kommission Ortsteilbudgets, die Ausweitung der Rechte der Ortsbeiräte

und Ortsvorsteher/innen sowie ein aufschiebendes Vetorecht für Dörfer bzw. Ortsteile gegen Entscheidungen der Gemeindevertretungen und die Schaffung eines „Parlaments der Dörfer". Letztere haben ihren Ursprung in Finnland und Schweden. Dort entstanden in den 1970er- und 1980er-Jahren die ersten Dorfbewegungen. Weil die Bevölkerung zurückging, Arbeitsplätze im ländlichen Raum abgebaut und die Selbstbestimmung durch die Bildung von Großgemeinden verloren ging, bildeten sich Dorfaktionsgruppen, um die Geschicke des Dorfes – unterhalb der kommunalen Ebene – in die eigenen Hände zu nehmen. Mithilfe von Organisationen der Zivilgesellschaft und Universitäten vernetzten sich dörfliche Initiativgruppen – aus ihnen bildeten sich dann die Dorfbewegungen. Diese begannen damit, gemeinsame Interessen der Dörfer nach außen zu vertreten. Die schwedische Dorfbewegung ging einen Schritt weiter: Sie bildete die ersten ländlichen Parlamente. Andere Dorfbewegungen folgten ihr. Inzwischen gibt es schon fast 30 Dorfbewegungen in ganz Europa. Jedes zweite Jahr treffen sich Vertreter/innen von Dörfern aus diesen Ländern mit Lokal- und Landespolitikerinnen und -politikern, um gemeinsam Probleme zu diskutieren und Lösungswege zu finden. Als „Parlament der Dörfer" beschließen sie Vorschläge, Empfehlungen und Forderungen an die Regierungen und die staatlichen Parlamente und lassen sich darüber berichten, was erreicht wurde.

Der Abschlussbericht der Enquete-Kommission Ländliche Räume enthält außerdem viele *Empfehlungen für eine moderne Infrastruktur* und regt bspw. an, verstärkt Landesmittel zur Finanzierung und zum Ausbau des ÖPNV im ländlichen Raum einzusetzen und Rahmenbedingungen zu schaffen, die den Service vollflexibler Flächenrufbusse ermöglichen. In der Landesentwicklungsplanung sollen überdies Experimentierklauseln eingeführt werden, durch die Kommunen mehr Entscheidungs- und Gestaltungsspielraum zur Anpassung an regionale Gegebenheiten erhalten (Landtag Brandenburg 2019).

Überrascht hat die Enquete-Kommission, dass in der Wirtschaftsförderung das seit vielen Jahren existierende brandenburgische „Konzept der Regionalen Wachstumskerne" keine nachweisbaren Effekte erzielt. Als Motoren und sogenannte Anker im Raum sollten „Stärken gestärkt" und so die wirtschaftliche Entwicklung der ländlichen Regionen Brandenburgs positiv beeinflusst werden (Staatskanzlei Brandenburg o. J.). Ein von der Enquete-Kommission in Auftrag gegebenes Gutachten ergab, dass die Wirtschaft in den Regionalen Wachstumskernen (RWK) des ländlichen Raumes sich in etwa mit der allgemeinen Entwicklung Brandenburgs bewegt, eine besondere Dynamik zeigt sich nicht (Ridder/Untiedt 2018). Das Konzept der Regionalen Wachstumskerne in Brandenburg hat bisher also nicht zu mehr wirtschaftlicher Entwicklung geführt. Die Enquete-Kommission empfiehlt daher, dieses in Richtung eines Regionalentwicklungskonzeptes für den ländlichen Raum weiterzuentwickeln.

Zu kurz kamen in der Arbeit der Enquete-Kommission die Themen *Nachhaltigkeit und kommunale Finanzen*. Dabei ist bürgerschaftliche und politische Beteiligung ein wichtiger Faktor nachhaltiger, zukunftsfähiger lokaler und regionaler Entwicklung. Ohne ausreichende Finanzen sind diese jedoch nicht denkbar. Daher ist mehr finanzieller Spielraum für die kommunale Ebene nötig, damit Dörfer und Gemeinden nicht nur gerade so ihre Pflichtaufgaben erfüllen können und Bewohner/innen vor Ort aktiv an Lösungen beteiligt werden können. Denn aktuell befinden sich alle finanzschwachen Kommunen, die in Haushaltssicherung und damit unter der Aufsicht des Innenministeriums des Landes Brandenburg stehen, in den ländlichen Regionen, Gleiches gilt für nahezu alle Kommunen mit Kassenkrediten. Damit wächst die Verschuldung und die Schere zwischen finanzschwachen und finanzstarken Kommunen wird landesweit und bundesweit immer größer. Das ist eine grundlegende Problematik kommunaler Finanzierung und in Brandenburg besteht daher großer Reformbedarf beim kommunalen Finanzausgleich, wenn sich die finanziellen Probleme betroffener Kommunen nicht weiter verschärfen sollen.

Einleitung eines Politikwechsels in Brandenburg?

Am Ende ist es der Enquete-Kommission auch nicht gelungen, aus den vielen Handlungsempfehlungen eine konkrete landesplanerische Gesamtstrategie für den ländlichen Raum in Brandenburg zu entwickeln. Aber der Anfang ist gemacht: Der Bericht ist ein solides Arbeitsprogramm – sofern die Empfehlungen umgesetzt und weiterentwickelt werden. Und gerade hier liegt die Schwierigkeit. Die Enquete-Kommission Ländliche Räume endete ordnungsgemäß im September 2019 mit der aktuellen Legislaturperiode in Brandenburg. Damit entsteht in der Behandlung dieses Politikfelds in Brandenburg nun erneut eine Lücke. Sofern es in der jetzt neu gestarteten Wahlperiode keine Neuausrichtung innerhalb der Landesregierung mit Anpassung der Ressorts gibt, existiert – wie vor der Enquete-Kommission – kein Gremium im Parlament, das sich konkret dem Thema Ländliche Räume widmet. Zwar bearbeitete das bisherige Landwirtschaftsministerium auch Themen der ländlichen Entwicklung, konzentrierte sich dabei aber im Wesentlichen auf die Agrarförderung und Verteilung der EU-Fördermittel. Andererseits zeigen einige Beschlüsse, die der Landtag auf Anregung der Enquete-Kommission fraktionsübergreifend gefasst hatte, dass es mittlerweile einen überparteilichen Konsens zur Umsetzung der Ergebnisse der Enquete-Kommission gibt. Dies zeigt auch ein Blick in die Wahlprogramme. In (fast) allen Programmen der Parteien, die im September 2019 zur Landtagswahl antraten, spielten die ländlichen Räume und gleichwertige Lebensverhältnisse eine große Rolle. Kaum ein Bereich der Daseinsvorsorge, für den es dort keine Forderungen und Verbesserungsvorschläge gab: bessere medizinische Versorgung durch mehr Landärzte, eine stärkere Anbindung des ländlichen Raums durch mehr und bedarfsgerechteren

ÖPNV, Maßnahmen zur Heimat- und Identitätspflege, wie bspw. Heimatpreise für besonderes Engagement im Bereich der Heimat- und Kulturpflege oder einen „Heimat-Scheck“ bzw. „Heimateuro“ für Maßnahmen, die sich mit dem Thema Heimat und Heimatgeschichte im Zusammenhang mit lokalen und regionalen Inhalten befassen oder lokale Bräuche pflegen, sowie Empfehlungen für Förderprogramme für Dorfläden und zum Ausbau der digitalen Infrastruktur. Die Vorschläge reichen bis hin zur Neuausrichtung des gesamten Ressorts ländliche Entwicklung in der neuen Landesregierung mit einer Aufwertung und Neuausrichtung des bisher zuständigen Landwirtschaftsministeriums. Vorgeschlagen wird auch eine Stabsstelle zur Stärkung der ländlichen Räume in der Staatskanzlei, um die zentrale politische Koordinierung in diesem Politikfeld zu übernehmen und als Anlaufstelle für alle Beteiligten innerhalb und außerhalb der Landesregierung sowie für Bürger/innen aus dem ländlichen Raum zu fungieren.

Der Wille, das Thema in der nächsten Wahlperiode politisch aufzugreifen und weiterzuentwickeln, ist somit vorhanden und es scheint, als sei die Bedeutung der Entwicklung ländlicher Räume in Brandenburg auf einem guten Weg, um als Schwerpunkt- und Querschnittsaufgabe verstanden zu werden, die sich über verschiedene Ressorts erstreckt. Doch nur die Zukunft und Zeit wird letztlich zeigen, ob der politische Wille stark genug ist und die Arbeit der Enquete-Kommission zur Einleitung eines Politikwechsels für die ländlichen Räume Brandenburgs führen wird.

Den Abschlussbericht der Enquete-Kommission finden Sie hier: **https://www.parldok.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladoku/w6/drs/ab_11200/11258.pdf** (DATUM letzter Zugriff 31.08.2019).

Literatur

Landtag Brandenburg (2019): Abschlussbericht der Enquete-Kommission 6/1 „Zukunft der ländlichen Regionen vor dem Hintergrund des demografischen Wandels“. Potsdam.

Staatskanzlei Brandenburg (o.J.): Regionale Wachstumskerne in Brandenburg. https://www.brandenburg.de/cms/detail.php/bb1.c.138294.de (31.08.2019).

Ridder, M.; Untiedt G. (2018): Gutachten des Landtages Brandenburg zum Thema Wertschöpfung, Wirtschaftsförderung und Arbeitsmarktpolitik in den ländlichen Regionen Brandenburgs. Delmenhorst/Münster. https://www.landtag.brandenburg.de/media_fast/5701/Wertsch%C3%B6pfung%20Brandenburg%20Endbericht-24042018final.pdf (31.08.2019).

© www.ideengruen.de | markus pichlmaier

ALEXANDRA TAUTZ M. A.
war als Referentin für die Enquete-Kommission „Zukunft der ländlichen Regionen vor dem Hintergrund des demografischen Wandels“ in der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Brandenburger Landtag tätig. Sie beschäftigt sich damit, herauszuarbeiten, dass ländliche Räume nicht „abgehängt“ oder „verloren“ sind. Zuvor befasste sie sich als Regionalplanerin in der Planungsgemeinschaft Uckermark-Barnim mit Ansätzen zur Sicherung der Daseinsvorsorge und gleichwertiger Lebensverhältnisse; sie forschte am Thünen-Institut in Braunschweig zu den Themen „Lebensverhältnisse und demographischer Wandel in ländlichen Räumen“.